

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 360 Mt., durch Boten bezogen monatlich 380 Mt., bei Postbezug monatlich 390 Mt. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 15 Pf. Sonntags 20 Pf. Alle Briefe freibleibend. Postfachnummer: Amt Zeitzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4. Für unregelmäßige Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der gewöhnliche Millimeterabstand 12 Mt. und der gewöhnliche Millimeter Restabstand 34 Mt. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Besizer auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 50 Mt. in Zahlung genommen. Abrechnung für 20 Mt. Porto befreit. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen in 10 Pf. vormittags 10 Uhr. Abrechnung wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valsch

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 290.

Montag, den 11. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

Die deutschen Vorschläge in London verworfen.

Bonar Law gegen militärische Druckmittel. — Die Antwort auf die süßholze überreicht. — Der Kanzler über die Rheinlandfrage.

Auf der Londoner Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten erklärte Mussolini in einer Unterredung, daß die Alliierten einstimmig die deutschen Vorschläge verworfen hätten.

Die Sonnabendbesprechung war in äußerst freundschaftlichem Geist gehalten und ließ keines der bisherigen Mißverständnisse aufkommen. Poincaré und Mussolini legten den französischen und italienischen Standpunkt dar. Mussolini teilte seinen Klauf zur Lösung der Reparationsfrage mit und verteilte seine Anschauung mit eindringlicher Kraft, die bei seinen Kollegen günstigen Eindruck machte. Theunis betonte von neuem seine Ansicht, daß alles der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Solidarität untergeordnet werden müsse. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß große Hoffnung besteht, daß die Konferenz zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß kommt.

Ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das dafür genährte Moratorium soll je nach der Höhe des Zahlungsergebnisses bis zu fünf Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wiederhergestellt werden. Der Ertrag der Auslandsanleihe soll ganz, der Ertrag der Inlandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte soll der Markstabilisierung und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Verberichtigung der Bayernnote.

Paris, 11. Dezember. Wie „Paris“ berichtet, ist die Antwort der deutschen Regierung an die Vorkonferenz über die Zwischensache in Passau und Ingolstadt gestern nachmittag in Paris übermittelt worden. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie allein berechtigt ist, die Entschuldigung auszusprechen, die verlangt wurde. Sie erklärt weiter, daß sie die Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Reichsbeamte nicht abgeben könne, da diese keine Beamten seien, sondern gewählte Organe autonomer Verwaltungen. Die deutsche Regierung teilt mit, daß sie die verlangte Summe von einer Million Goldmark zur Verfügung der alliierten militärischen Kontrollkommission stelle.

Dr. Cuno über das Rheinland.

Aus Anlaß einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern rheinischer Zeitungen führte Reichskanzler Cuno über die Rheinlandfrage u. a. folgendes aus: „Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, meine Herren, Ihnen als den Männern der rheinischen Presse für die ersten und besten Worte zu danken, die Sie gegenüber den Zeitungsberedungen gefunden haben, die sich mit der belagerten Stellung im Elche befragen. Die rheinische Presse hat die Grundlagen der rheinischen Bevölkerung wieder gegeben, die in Befürchtung kommender Beschlüssen aus ihres Trauens zum deutschen Reich und zum deutschen Volk erneuert hat. Ich habe bereits am vergangenen Sonntag betont und will es heute nochmals tun, daß die Reichsregierung unbedingter bei ihrer im August abgegebenen Erklärung bleibt, sei es eine deutsche Regierung kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn die Preisgabe des Rheinlandes wäre das Ende des deutschen Reiches.“

Sie handelt es sich um eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Ich möchte nur wünschen, daß man auch in französischen Kreisen diesen Ausdruck der Gefühle des rheinischen Volkes verstände und würdige. Diejenigen Kreise, die sich im Rheinland niederzulassen, Marionetten bezeichnen, müssen jetzt einsehen, daß alle ihre Bemühungen, die in rheinische Bevölkerung stellen zu treiben, unmöglich sind. Die rheinische Kultur ist echt, ist bodenständig. Niemand kann ihr ein fremdes Kleid aufstücken.“

Der Versailler Vertrag hat uns ja im allgemeinen nur Schäden in Höhe und Fülle zugefügt. Zu den wenigen Rechten, die uns gelassen worden sind, gehört eines, das nur unter keinen Umständen preisgegeben: Der Anspruch auf unangestörte Inhabung der rheinischen Gebiete zum großen deutschen Vaterland und zu den beteiligten deutschen Völkern. Ein solches Recht kann auch das inneren Fahren des Vertrages von Versailles keineswegs Deutschland niemals aufgeben. Im Augenblick des Zusammenbruchs hat sich Deutschland blutenden Herzens im Osten und Westen zur Abtretung von Gebieten verpflichtet müssen. Damit ist das Maß voll. Nochmals kommt kein Augenblick an dem Deutschland bereit wäre, sich wiederum und von neuem verpflichten zu lassen. Im Gegenteil: Dürftest Recht ist mehr als eines der Hauptziele im Auge haben, die jetzt von treuen Herren besetzten Gebiete sobald als möglich von dieser Last zu befreien.“

Die Anforderungen und Kosten der Festsetzungsbereitschaft bilden eine Last für Rheinland und Reich, die noch ständig sich steigert. Für uns gilt das alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel, das heißt, das Leben Deutschlands vor allem hierdurch im Norden Deutschlands die Befreiung der Rheinlande. Damit kommt es zu der Frage, wann dem Rheinland diese Stunde schlagen wird. Wir haben mehrfach aus beachtenswerten Munde

die Bestimmungen des Versailler Vertrages dahin auslegen hören, daß die für die Besetzung der Rheinlande vorgezeichnete Frist von 15 Jahren wegen mangelnder Erfüllung des Vertrages noch nicht zu laufen begonnen habe. Diese Auslegung ist nicht nur auf den einseitigen Willen des Versailler Vertrages schließend, sondern unvereinbar. Den Zeitpunkt, von dem ab die Besetzung zu berechnen ist, bestimmt der Artikel 428 in unabweisbarer Weise: Es ist der Tag des Inkrafttretens des Vertrages selbst. Dieses erste Bismarck haben die Fristen für die Besetzung der Rheinlande am 10. Januar 1920 begonnen.

Deutschland hat demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Präsident von Köln und die übrigen im Artikel 429 genannten Gebiete geräumt werden. Die Besetzung im Januar 1920 müssen der Präsident von Koblenz und die übrigen im Versailler Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein und mit dem Ablauf des 9. Januar 1925 muß der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben.

Dieser Rechtsanspruch ist nur einer Einschränkung unterworfen, die im Schlußabsatz von Artikel 429 des Vertrages dahin festgelegt ist, daß die Jurisdiktion der Besatzungstruppen im gewissen Umfang aufgehoben werden kann, wenn im Ablauf der 15-jährigen Besetzungsfrist die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeleiteten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend erachtet. Voraussetzung für eine Verlängerung der 15-jährigen Besetzung ist hiernach, daß von den alliierten und assoziierten Regierungen nicht etwa von der Regierung der Besatzungsmächte oder nur von einem dieser Regierungen, etwa der französischen — bei Ablauf der Besetzungsfrist ausdrücklich die Feststellung getroffen wird, daß gegen einen Angriff der erwähnten Art keine hinreichende Sicherheit besteht. Im Hinblick auf unsere Gewissung kann diese einzige Einschränkung nicht geltend gemacht werden, die mit dem Fristverlauf im übrigen nichts zu tun hat.

Siehen Sie nun, meine Herren der rheinischen Presse überzeugt, daß die Reichsregierung bei allem, was sie tut und läßt, sich zunächst fragt: Wie wird das auf das Rheinland wirken, wird es ihm helfen oder wird es ihm schaden? Fragen Sie der rheinischen Bevölkerung nach die rechtliche Lage zu dem Rheinländern verhalten werden wird.“

Poincaré gegen Lloyd George.

London, 10. Dezember. Poincaré hat heute mittag die französischen und englischen Pressevertreter empfangen und in heftigen Worten auf dem Artikel geantwortet, den heute Lloyd George im „Daily Chronicle“ nach der ausläufigen Erklärung über die Rheinlandfrage veröffentlichte. Poincaré gab der Hoffnung Ausdruck, daß der frühere Premierminister seine Verleumdungen gegen die Alliierten einstellen werde, und erklärte, Lloyd George würde in seinen Schlägen recht haben, wenn er in seiner Voraussetzungen recht hätte.

Aber diese Voraussetzungen seien auf völlig falschen Tatsachen aufgebaut. Es sei unglücklich, daß ein Staatsmann mit einer Erfahrung, wie Lloyd George sie habe, sich in so eigenartigen Weise täuschen könne. Lloyd George erkläre in seinem Artikel, daß es in Frankreich eine Partei gebe, die beabsichtige, die Rheinlande zu annektieren. Poincaré erwiderte, daß keine derartige Partei in Frankreich nie existiert, außer in der Vorstellung Lloyd Georges. (1) Es gibt und wird in Frankreich, erklärte er, nie, weder eine Regierung noch einen Minister, noch einen Parlamentarier geben, der so unvernünftige Pläne hegte. Frankreich will „das deutsche Volk unter seinen Umständen einer französischen Herrschaft unterwerfen.“

Singieren der Kaufmann Konferenz.

Lausanne, 10. Dezember. Die Beamten der Konferenz bekräftigten sich am Sonnabend hauptsächlich auf Beratungen der Unterkommissionen für die Verteilung der ostschweizerischen Schulden und die Frage der Kapitulationen. In der Frage der ostschweizerischen Schulden erklärten die türkischen Unterhändler energisch, daß nicht nur die Balkanstaaten, sondern auch die durch den Waffenstillstand von Mudras abgetrennten türkischen Gebiete für ihren Anteil an der Schuld aufzukommen hätten, so daß für die neue Türkei nur die auf ihr Gebiet entfallende Schuld in Betracht komme. Die Alliierten bestanden dagegen darauf, daß bei der Verteilung der Lasten des Jahres 1914 maßgebend sein soll. In der Frage der Kapitulationen erhoben die Türken ebenfalls abflehende Einwände gegen die Forderungen der Alliierten. So daß man keinen Schritt vorwärts gekommen ist.

Der neue polnische Staatspräsident.

Warschau, 10. Dezember. Der frühere polnische Außenminister Krzysztof Rakowski wurde in Krakau zum Präsidenten der polnischen Republik gewählt. Er ist im fünften Wahlgang erhielt er mit 289 Stimmen gegen Jankowski (227 Stimmen) die Mehrheit.

London, 11. Dezember. Nach dem „Oberverber“ ist Frankreich jetzt bereit, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, jedoch unter der Bedingung, daß die Zwangsmaßnahmen, die dem ersten Vertrag zugrunde liegen, angewendet werden, wenn es den Zweck hat, die deutschen Finanzen zu stabilisieren. Er würde die Form einer Besatzungsbefreiung der Röhle und des Ruhrgebietes annehmen. Außerdem bestünde Poincaré auf einer formellen Streichung der alliierten Schulden. Die deutsche Regierung hat die Möglichkeit der Erfüllung eingeleitet worden, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden müsse. Dann ist er entgegen, für wie lange Zeit und unter welchen Bedingungen. Jetzt ist die Frage der Ermäßigung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands erörtert worden.

Die abgelehnten deutschen Vorschläge.

Berlin, 11. Dezember. Entsprechend ihrer Ansicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufrechterhaltung und der geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und um eine solche Lösung durch verbindliche Vorschläge anzubahnen in Ausführung der Note vom 14. Oktober

(2. Abend.)

Vor noch nicht allzulanger Zeit, fannten wir ihn alle unter dem Namen „Kupferner Sonntag“, vor allem nach er in der Gesellschaft so genannt. Warum man ihm diesen Namen gab, weiß wohl ein jeder. Da der Hauptbetrieb meist erst an den beiden letzten Abendsfontagen einsetzt, insofern es an diesen Sonntagen der Umzug ein größerer ist, nannte man den dritten den „Alberner“ und den vierten Abend den „goldenen Sonntag.“ In der Jetztzeit tun wir wohl besser, wenn wir diese Bezeichnungen fallen lassen, und nur den Namen Abend behalten, denn wir haben ja keine feingedruckten Münzen mehr, sondern nur „hatterde“ Scheine. Doch nun zum zweiten Abend zurück. Nicht allzuviel Menschen waren gestern unterwegs, um ihre Weihnachtskäufe zu erledigen. Hier und da fanden einzelne Geschäfte vor den Schaufenstern und betrachteten die darin ausgelegten Dinge. Viele traurige Augen haben wir in die Fenster schauen, und bedrückt davon gehen, weil sie nichts kaufen können, um Weihnachtsfreuden zu bereiten. Die Sorge um das Nötigste zum Leben, hält den weitaus größten Teil des Volkes in seinem Damm, und kein Scherlein für die Freude ist vorhanden, da jede Ausgabe, und sei sie noch so klein, bedeckt werden muß. Nur bei einem großen Teil unserer Jugend ist das umgekehrte der Fall, sie hat die Not der Zeit noch nicht begriffen, und geht von Vergnügen zu Vergnügen, demselben unsere armen Eltern in bitterer Not schweben. Die Geschäfte waren gestern nicht allzu stark in Anspruch genommen, denn wie vorher schon erwähnt, sind die ganz enormen Preise kaum zu erwidern. Beispiele anzuführen, wäre unnütz, denn unsere Leser kennen die Preise ja schon selbst zur Genüge. Wohl manches Kindlein, wird diesmal enttäuscht vom Weihnachtsmann sein, und annehmen, daß es von ihm vergesen worden ist. Eltern werden im geheimen schon manche Träne haben stehen lassen, weil sie ihren Kindern keine Weihnachtsfreude bereiten können. In vielen Stuben wird sogar der Weihnachtsbaum fehlen, das Symbol des Weihnachtsfestes. Das fünfte Weihnachtsnachdem nach dem Krieg und immer haben wir gehofft, daß das nächste fest in einer besseren Zeit stattfinden, aber immer wieder macht der Feindband unsere Hoffnungen jähmide. Müde dieses Weihnachtsfestes haben den Versuch zurückgelegt, die uns die tröstliche, traurige Zeit gebracht haben, so daß wir bald wieder ein schönes, freundliches Weihnachtsfest feiern können: das wäre wohl für uns alle die schönste Weihnachtsgabe.

Berliner Nachrichten.

Regierungsjahres Bau ist für die Dauer seines Hauptamtes bei der Regierung zum Mitgliede des der Regierung angegliederten Oberverwaltungsamtes ernannt worden. Regierungsrat Dr. Freiler von B u e i f e n ist von seiner Tätigkeit als Mitglied des Oberverwaltungsamtes entbunden worden.

Die Not der Heberlandbahn.

Der vor einigen Tagen erschienene Fährplan der Heberlandbahn zeigt auf allen Strecken Verkehrsandränge vor. Wie überall, droht auch hier die allgemeine Not zur Gefahr zu werden. Die Verkehrsverhältnisse sind besonders wegen des lebhaften Arbeiterverkehrs zu bedauern.

Berankaltungen des Vereins für Heimatkunde.

Etwas ganz besonders Interessantes und Neuliches will der Verein den Einwohnern von Merleburg und Umgebung im Januar an 2 Abenden bieten. Am dem einen wird ein bekannter Vortragsredner, Studentent Dr. Franke aus Halle, einen Vortrag halten über das Thema: „Der Harz in Goethes Leben und Dichtung.“ Mit demselben wird die Vorführung von 120 prächtigen, farbenreichen Lichtbildern über die schönsten Orte und Punkte des Harzgebietes verbunden werden. Diese Veranstaltung wird im Gastspieltheater in der kleinen Hüttenstraße stattfinden. Alle Freunde des Harzes werden diesen Abend besonders freudig begrüßen. Im zweiten Abend wird das bereits einmal angelegte Schauspiel von Jban „Roemerholm“ gegeben werden, dargestellt vom Stadttheater Halle. Mitglieder des Vereins erhalten in Zukunft für alle Veranstaltungen einen Preisnachlass von 10 Mark. Die Beratungen werden Mitte und die zweite am 31. Januar stattfinden.

Der Bauern-Verein für Merleburg und Umgegend

hielt am gestrigen Sonntag Nachmittag im „Tivol“ seine erste diesmütterliche Versammlung, die gegen 1/4 Uhr durch den Vorsitzenden, Herrn Gutsbeizer Friedrich Krausendorf eröffnet wurde. Derselbe begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen Mitglieder und Wäste und gedachte sodann mit ehrenden Worten mehrerer seit dem Sommermonat verstorbenen Mitglieder, der Herren Gutsbeizer Franz Weber-Corsetha, Hugo-Burghardt-Dobig, Karl Götter-Göhlisch, Eduard Zingraf-Abendorf, Albert Krausendorf-Abendorf und Karl-Damppe-Franckleben, zu deren Gedächtnis sich alle Anwesenden vor den Sigen erhoben. Ein in die Tagesordnung eingetragener wurde, gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand im Einverständnis mit der Versammlung die Herren Direktor Erpal und den langjährigen Schriftführer Will wegen ihrer Verdienste zu den Vereinen zu Ehrenmitgliedern ernannt habe, wofür sie so herzlich dem Verein ihren Dank abklateten. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Im Punkt 1: „Gesellschaftliche Mitteilungen“, lagen zwei Bilder vor: „Bürgerliches Personen-, Familien- und Erbrecht“, was jeder davon wissen muß - und „Wie fertig man Kauf- und Hypothekensachen machen selbst an“, beide verlas und herausgegeben von Amtsgericht-Beauftragter Oskar Haas, Dresden-B. Gabelsbergerstr. 4, durch den dieselben für wenige Mark direkt zu beziehen sind. Hierauf wurden für das Jahr 1923 die Versammlungstage und Vereinsvergünungen folgendermaßen festgelegt: Mittwoch, den 24. Januar Versammlung, Mittwoch, den 24. Februar Versammlung, verbunden mit Jahresversammlung, Freitag, den 1. Dezember, Jahresversammlung, Sonntag, den 16. Dezember Versammlung.

Vor der Ernte, etwa Anfang Juli, soll an einem noch näher zu bestimmenden Tage seitens der Mitglieder eine Handarbeit zwecks Selbstbefähigung unterommen werden. Bezüglich des Besuges der landwirtschaftlichen „Wochen-

werden. Wie die feindliche, namentlich die französische Regierung die Gleichgültigkeit des deutschen Volkes ausnützt, ergibt sich auch dadurch, daß man unseren Wohlfühlvereinen Millionen anbietet, die aber von unseren Frauen mit Stolz abgelehnt wurden. Die französische Propaganda arbeitet im begünstigten Gebiet mit Doppelm, notleidenden und bedrückten Deutschen werden oft verleitet zum Geboten, damit die Franzosen ihr Ziel erreichen. Das Rheinland hat die feste Absicht bei Freuden zu bleiben und wir müssen dem Rheinland auch in Zukunft unsere Treue halten. Der Redner behandelte alsdann eine Reihe von Gedanken und sprach hier die bestimmte Erwartung aus, daß wir von der neuen Partei in der Hoffnung der Regierung werden, und daß wir unsere Jugend in christlichem Sinne erziehen dürfen. Wir fordern Jucht und Ordnung im Staate und eine Gesundung unseres gesamten Wirtschaftsbens durch Hebung der Produktion. Wir wollen hoffen, daß man ein neuer Frühling aus alter deutscher Erde hervorzubringen wird. (Stimmliche, anhaltender Beifall.)

Hergt über eine Vereinigung der Deutschnationalen und der Volkspartei.

Vor der Ortsgruppe Halle der Deutschnationalen Volkspartei sprach gestern Abg. Hergt über die deutschnationale Politik im Reich. Den Sturz des Kabinetts Wieth suchte der Redner auf das Konto der Deutschnationalen. Die „große Koalition“ sei an dem Tage überwunden, an dem sich Deutschnationale und Deutsche Volkspartei bilden. Die neue Regierungsbildung habe keine Partei nicht mitgemacht, sie begrüßte das Kabinetts Cuno aber trotzdem als einen Fortschritt, da es zeigte, daß man auch ohne die Sozialdemokratie regieren könne. Aber schon heute sei die Deutschnationale Volkspartei gezwungen, wieder die war n e n d e Stimme zu erheben und zwar wegen der Auffassung der Regierung, über das unberechtigte Verlangen der Franzosen, von Deutschland bezw. Bayern 25 Millionen zu fordern. Wenn Frankreich den Versailles Vertrag nicht beachte, dann läge für uns nichts näher, als das gleiche zu tun. (Stimmliche Beifall.) Er habe es mit Freuden begrüßt, daß der Reichstagsrat Cuno sich entschieden gegen jede Gebietserweiterung im Rheinland gebandt habe. Der Redner streifte dann noch kurz das Finanzproblem und gab der Befürchtung Ausdruck, daß bereits wieder Leute am Werke seien, die mit den Franzosen wegen der Bezahlung der Reparationen verhandeln, zum Schaden des deutschen Vaterlandes: das sei ein Verrat. Die Rede fand sehr großen Beifall.

Abg. Hentner vor den Landwirten.

Bis auf den letzten Platz war der große Saal des „Stadtschützenhauses“ gefüllt, in dem gestern nachmittag um 2 Uhr Reichstagsabgeordneter Hentner über das Thema „Wirtschaftspolitische Tagesfragen“ sprach. Wir haben heute ein bemerkenswertes Ereignis. Der Redner erklärte, daß die Wehrzeit auszulagende ist. Früher hatten wir eine Regierung, die sich auch einmal gegen das Parlament durchsetzen konnte. Hat aber heute eine politische Partei die Wehrzeit, so kann sie alles durchsetzen. Darum ist es ganz besonders für unsere Landwirte wichtig, daß sie sich mehr als bisher und die Zustimmung der Reichstagsabgeordneten und einzelnen politischen Parteien bestimmen, daß sie sich der Partei anschließen, die am nachteiligsten ihre Interessen vertritt. Auf der gesamten Linie gibt es keinen einzigen landwirtschaftlichen Abgeordneten. Dagegen besteht die Deutschnationale Volkspartei zu 38 Prozent aus Land-

Die Sammlung der Deutschen Notgemeinschaft muß ein voller Erfolg sein.

Hast Du schon zu ihr beigetragen?

wirtschaftlichen Parlamentsvertretern, das Zentrum zu 21 Prozent, die Deutsche Volkspartei zu 14 Prozent, die Demokraten zu 10 Prozent. Der untere Teil der Bevölkerung ist durch die Anregung zur Bildung eines freien interfraktionellen Landwirtschaftsausschusses aus, der aber nicht zustande kam, da Demokraten und Zentrum dagegen waren. Wir erreichen aber weitestens die Einrichtung von interfraktionellen Ausschüssen in dem neuen Parlament der Reichstag führt. Warum ist ein weiterer Abbau der Notgemeinschaft notwendig? Durch den Krieg war die Produktionskraft unserer Landwirtschaft wesentlich zurückgegangen. Dieser Rückgang wurde noch verstärkt durch den Versailles Vertrag, der uns große Anbauflächen im Osten und Westen - ein Fünftel der bisherigen Prozepteigentums - die Revolution, die bisherige Kartoffel- und Getreideproduktion landwirtschaftlich stand etwa auf dem Produktionsniveau der achtziger Jahre. Sofort nach Vordring der Juangwirtschaft trat eine merkwürdige Verringerung unserer Ernährungslage ein, die allerdings auch dadurch bedingt wurde, daß der deutsche Landwirt sich nicht an die „Ertragsmaximierung“ der Revolution, z. B. den Höchststand hielt. Dessen ungeachtet die Verbraucherpreise stets eingebend sein! Im Interesse einer Förderung der landwirtschaftlichen Produktion haben wir also den Abbau der Juangwirtschaft gefordert und damit erreicht, daß nach Beilegung der Kartoffel- und Fleischwirtschaft die Anbaufläche an Kartoffeln um 90 Prozent und der Schweinebestand um 23 Prozent (gegenüber dem Dagegen hat die Einführung des Weizenbaues um 7, das Roggenbaues um 2,5 Prozent zur Folge gehabt. Durch Beibehaltung dieses Gesetzes und unser Volk noch größeren Hungers- und Feuergefahren entgegenzusetzen. Die Getreideumlage ist Gesetz geworden, weil die Landwirtschaft nicht genügend gelöhnt war.

Ein anderer Grund, der uns Abgeordneten ganz besonders am Herzen liegt, ist die fürchterliche Teuerung, unter deren Einfluß sich ein großer Gegensatz zwischen Stadt und Land zwischen Reich und Provinz, zwischen Gebildeten und ungebildeten, zwischen Angestellten und Gegnern gebildet und zu maßlosen Angriffen gegen die Landwirtschaft geführt hat. Man glaubt fast allgemein, daß die Landwirtschaft an der Teuerung schuld sei. In Wahrheit aber hat die größte Schuld daran unsere Kapitalgewinnwirtschaft. Vor Kriegsausbruch betrug unser Papiergeldumlauf 1,9 Milliarden, während der Revolution 27, Ende 1920 etwa 68, ein Jahr darauf 110, im Frühjahr 1922 bereits 320 und am 15. November über 550 Milliarden Mark. Die Deckung in Goldwerten betrug Ende 1918 15 Prozent, September dieses Jahres 0,2 Prozent, heute natürlich noch weniger. Die Revolution hat sich bisher nur ausgeföhnt auf politischem, wird sich aber jetzt auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auswirken. Es werden noch viel schlimmere Zeiten kommen. Die äußerste Link- und die äußerste rechte der Diktatur des Proletariats; die Gefahr des Bolschewismus ist also auch für uns noch nicht vorüber. Gegen diese Gefahr gibt es für uns nur eins: Zusammenhalten in unseren wirtschafts- und parteipolitischen Organisationen.

Cucuro will zurücktreten.

Paris, 10. Dezember. In London verlautet, Lord Cucuro werde demnach aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten und durch Lord Grey ersetzt werden.

Ihr neuesten französischen Blütel.

Submissionsen, 9. Dezember. Zu der bereits gemeldeten Blütel in Submissionsen werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der 26 Jahre alte, erst seit kurzem verheiratete Beamte der Reichsvermögensverwaltung Submissionsen, Hartmann, wurde vorgestern von der Frau des französischen Sergeanten und Regimentschreibers Meuz in in die Wohnung gerufen, weil in dem von dem französischen Sergeanten behaupteten Mord von der Reichsvermögensverwaltung der französischen Wehrde zur Verfertigung gefüllten Hause die Wasserleitung scharf abgedrückt worden war. Abhängig in seiner Eigenschaft als Beamter der Reichsvermögensverwaltung begab sich Hartmann in die Wohnung des französischen Sergeanten. Als er mit der Frau verhandelte, erschien plötzlich der Sergeant im Zimmer, rief: „Was tun Sie hier?“ und gab aus seinem Revolver einen Schuß auf ihn ab, der Hartmann in den Unterleib traf und ihn schwer verletzte, so daß er sofort ins Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Am letzten Nachmittag ist er gestorben.

Wie noch von anderer Seite gemeldet wird, erschienen alsbald zwei deutsche Polizeibeamte in der Wohnung des Sergeanten, um den Tatbestand aufzunehmen. Ein bereits in der Wohnung anwesender Polizist der französischen Militärpolizei erklärte, daß dieser Fall die deutsche Polizei nicht angehe, weil er sich in einer französischen Wohnung abgepflegt hat.

Weitere 300 Milliarden für Volksernährung.

Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, Reichsgesamtsanordnungen bis zur Höhe von weiteren 300 Milliarden Mark auszufertigen, um die Volksernährung durch die erforderlichen Anläufe von Auslands- und Inlandsgetreide übersichtlich zu stellen. Bisher war für diesen Zweck eine Kreditbewilligung bis zur Höhe von 120 Milliarden Mark erteilt worden. Das entspricht einem Markstande von einer Goldmark gleich 400 Papiermark. Um zu verhindern, daß bei einem Kurssturz von einer Goldmark gleich 2000 Papiermark eine Zahlungsforderung durch die Reichsbankstelle eintritt und die Getreideversorgung gefährdet wird, ist diese Kreditbewilligung notwendig geworden. Abgesehen soll dieser Kredit wie früher, aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides werden.

Dr. Wieth reist „Propaganda“ nach Amerika?

Wie wir hören, beschäftigt es sich, daß der frühere Reichstagsabg. Dr. Wieth in den nächsten Tagen eine Reise nach Amerika antreten wird, um dort mehrere Vorträge zu halten. Er ist zu Vorträgen von amerikanischen Politikern und Industriellen eingeladen worden. Dr. Wieth übernimmt aber gleichzeitig eine politische Mission, denn es soll seine Aufgabe sein, für die Deutsche Regierung die Stimmung in Amerika festzustellen und in deutlichem Sinne zu wirken (?). Nach der Rückkehr wird die Frage auf, welchen Stellen der frühere Reichstagsabg. in Deutschland erhalten soll. Man spricht immer noch davon, daß er den Posten eines Oberpräsidenten übernehmen will (!).

Der Vortragsabend des Kreisvereins unheilvollsten Augenlebens (Prüfung aus diesen Absichten und auch der Wunsch des Kreisvereins, diese „bedrückte Kraft“ nicht brach liegen zu lassen. Wir hoffen aber, daß die neue deutsche Regierung sich dieses unheilvollen Kräfte, der je ein vernünftiges Amt bezieht hat, nicht bedienen wird. Das ist die Pflicht mit ernstlichem Verantwortungsbewußtsein doch schwer in Einklang bringen. Während in ja Herrn Wieths Fortzüge für die eigene weite Person. Sollte ihm seine Schuldenverhältnisse nicht mehr offen stehen? Freilich, in einem mathematischen Redenabschnitt, das heißt, in einem Freiberger Schmalzstein einige berechtigte Zweifel setzen dürfen. Aber einen Oberpräsidenten mit einem Amt und einem tüchtigen Stab von Ober- und Regierungsräten den Präsidenten er wohl nach seiner und seiner Parteifreunde Meinung immer noch!

Vierter Deutschnationaler Landesparteiung in Halle a. S.

h. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung von Stadt und Land fand am Sonnabend und Sonntag in Halle der vierte Deutschnationale Landesparteiung des Landesverbandes Halle Merleburg statt. Am Sonnabend nachmittag wurden zehn der verschiedensten Bezirke in 14 Mannschaften abgeteilt, in welcher den Versammlungen nachstehender Beamtenarbeit. Am Abend fand ein von Volksvereinen Halle veranstaltetes deutsche Feiertag statt. Der große Zulauf nach überfüllt. Vortragsabgeordneter Julius R o t h sprach in schillerndem aber zu Herzen gehenden Worten über den Befreiungstag und fand für seine aufregenden Ausführungen warme Zustimmung. Dem Landesparteiung am Sonntag vormittag ging eine Versammlung der Frontkämpfergruppen voraus. Am 11 Uhr wurde der Parteitag im vollbesetzten Zirkusaal durch den Landesverband Vorlesenden Medizinalrat Dr. B u n d i - H a l l e eröffnet. In mächtigen Worten ließ der Redner auf die Ziele und Bestrebungen der Deutschnationalen Volkspartei hin und forderte auf zu rastloser Mitarbeit bis das Ziel erreicht sei. Den Bericht über das Geschäftsjahr 1922 erstattete der Geschäftsführer Regierungsrat Dr. A. D. W a r t e l s w i t t e b e r, woraus zu entnehmen war, daß die Arbeit des Landesverbandes ununterbrochen gewirkt hat. Hierauf sprach

Vortragsabg. Staatsminister a. D. W a l t f a t, der bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt wurde, über die politische Lage. Er erklärte aus, daß der Fall des Kabinetts Wieth ein Gift für das deutsche Vaterland gewesen sei und das neue Kabinetts bringen wird, was abgeordnet werden. Die Deutschnationalen verlangen, von der Regierung, daß sie alle guten Deutschen um sich sammelt. Das Kabinetts Wieth hat unheilvoll gewirkt auf das deutsche Volk, es hat es nicht verbunden zu sammeln, sondern das Gegenteil ist erreicht worden. Freudig zu begrüßen ist es, daß es Reichstagsabg. Cuno fertig gebracht hat, ein von Cuno weiter, vom Reichsbund zu werden, daß er trädliche Gesetzen in der Erfüllungspolitik gezogen werden. Der Redner kommt dann auf die neuesten Vorkommnisse in der Rheinprovinz zu sprechen und betont, daß die nationale Bewegung durch diese bedrückenden Deut an ihre am besten gemeint haben und erfolgreich sei, daß auch vom Reichstagsabg. Cuno weiter werden. Daß wir die Treue zur Rheinprovinz immer bewahren

